

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Glühbirnen-Verbot in den Räumlichkeiten der Stadt Bern – Ein kleiner Schritt, aber in die richtige Richtung!

Nach der Ankündigung Australiens, im Kampf gegen den Klimawandel die herkömmliche Glühbirne zu verbieten und durch effizientere Energiesparlampen zu ersetzen, haben andere Staaten und Städte über diesen Schritt zu diskutieren begonnen.

Einige Stimmen meinen, mit einem kommunalen Glühbirnen-Verbot werde zu wenig erreicht, doch andere sind überzeugt, dass dieser Schritt jetzt gemacht werden soll und nicht erst irgendwann. Ob ein Verbot das Richtige ist, darüber lässt sich streiten, jedoch nicht über die Vorbildfunktion der Stadt Bern, welche den ersten Schritt in diese Richtung tun und sämtliche öffentlichen Räume und auch Büros, welche den Direktionen der Stadt Bern angehören mit den Energiesparlampen ausrüsten könnte.

Aus diesem Grund wird der Gemeinderat aufgefordert, alle Glühbirnen durch Energiesparlampen in sämtlichen Räumlichkeiten der verschiedenen Direktionen zu ersetzen!

Bern, 26. April 2007

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Peter Bernasconi, Thomas Weil, Stefan Bärtschi, Erich J. Hess, Simon Glauser

Antwort des Gemeinderats

Der Gegenstand der Motion Fraktion SVP/JSVP liegt im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit. Deshalb kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat geht mit der Motion der Fraktion SVP/JSVP einig, dass der Ersatz von Glühbirnen durch effizientere Energiesparlampen in den Verwaltungsgebäuden ein Beitrag zu einer nachhaltigen Energiepolitik ist. Die städtische Energiestrategie, welche vom Gemeinderat im Mai 2006 verabschiedet wurde, hat unter anderem auch Ziele in diesem Bereich definiert:

- den Zuwachs des Stromverbrauchs auf maximal 5 Prozent zu begrenzen,
- den Stromverbrauch der stadteigenen Gebäude auf dem Niveau des Jahres 2004 zu stabilisieren.

Der Umweltbericht der Stadtverwaltung 2006 bestätigt, dass die Umweltbelastung in der Stadtverwaltung beim Stromverbrauch (nebst dem Heizen/Kühlen) am grössten ist. Hier ist Handlungsbedarf vorhanden, wenn die Umweltbelastung in der Stadtverwaltung reduziert werden soll.

Aus diesem Grund hat das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle (AfUL) zusammen mit Stadtbauten Bern (Stabe) ein Impulsprogramm Gebäudebeleuchtung lanciert. Die Vereinbarung vom 16. August 2007 beinhaltet folgendes Konzept, welches auf drei Niveaus basiert:

Niveau 1: Ersatz von Leuchtmitteln

- Wirkungsbereich: alle Objekte.
- Wenn ein bestehendes Leuchtmittel defekt ist, wird es durch ein neues, energiesparendes ersetzt.
- Die Elektroinstallation bleibt unverändert.
- Wird von der Hauswirtschaft / Benutzenden selbst durchgeführt.

Niveau 2: Ersatz von Beleuchtungskörpern

- Wirkungsbereich: Objekte, für die keine Baumassnahmen geplant sind (in der MIP 2009 – 2016 nicht aufgeführt).
- Schlechte Beleuchtungen mit energieeffizienten Beleuchtungskörpern werden durch neue, hellere und energieeffiziente Beleuchtungskörper ersetzt.
- Die Elektroinstallation bleibt unverändert.
- Wird vom Elektroinstallateur durchgeführt, kein Fachplaner.
- Handling Stabe-intern.

Niveau 3: Erneuerung der Gebäudebeleuchtung

- Wirkungsbereich: Objekte, für die Baumassnahmen geplant sind (in der MIP 2009 – 2016 aufgeführt).
- Erneuerung der Gebäudebeleuchtung im Rahmen des systematischen Gebäudeunterhalts.

Zurzeit wird der Ist-Zustand vor allem für das Niveau 2 ausgearbeitet. Im Niveau 1 und Niveau 3 können die Glühbirnen mit Energiesparlampen bereits ersetzt werden.

Ein Glühbirnenverbot ist nicht notwendig. Mit der Vereinbarung zwischen Stabe und dem Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle werden die Glühbirnen kontinuierlich durch Sparlampen ersetzt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Arbeiten werden im Rahmen des Budgets von Stabe und dem Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle ausgeführt. Ein Gesuch an den Ökofonds wird gestellt. Ewb kann mit seinen Förderbeiträgen die Prozesse beschleunigen. Somit hat diese Motion keine Auswirkungen auf Personal und Finanzen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 24. Oktober 2007

Der Gemeinderat